Landtagsabgeordnete und Vertreter der Bauverbände trafen sich in Mannheim zum politischen Gespräch

MO. | 09. OKT. | 2023 Öffentlichkeitsarbeit LobbyarbeitPressemitteilungWirtschaft

Wohnungsbau fördern – Rahmenbedingungen verbessern - Berufsbildung stärken

Bauwirtschaft und Politik im Krisengespräch über Wohnraumknappheit und Fachkräftemangel

Um Lösungen zur Überwindung der Wohnungsbaukrise und zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses ging es bei einem Gespräch zwischen Landtagsabgeordneten und Vertretern der Bauverbände vor wenigen Tagen in

Mannheim. „Neue Wohnungen werden dringend gebraucht, der Abwärtstrend bei der Baunachfrage muss gestoppt werden“, so der einhellige Tenor der Teilnehmer. Auch die Gewinnung von mehr Fachpersonal für die Baubranche wurde als vordringliche Aufgabe angesehen. Neben den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg und ihrer Mitgliedsverbände nahmen Landtagsvizepräsident Daniel Born sowie die Landtagsabgeordneten Friedrich Haag, Cindy Holmberg und Tobias Wald an der Diskussion teil.

„Um den Wohnungsbau anzukurbeln, ist ein umfassendes Maßnahmenpaket erforderlich“, forderte Markus Böll, Präsident der Bauwirtschaft Baden-Württemberg. Die Politik müsse die Wohnraumförderung ausweiten und bürokratische Hemmnisse beim Bauen beseitigen. Tobias Wald verwies in diesem Zusammenhang auf das umfangreiche Wohnbauförderprogramm der Landesregierung. Trotz einer Aufstockung des Programms könne die große Nachfrage nach Fördermitteln nicht befriedigt werden. Daher sei eine stärkere finanzielle Unterstützung durch den Bund notwendig. Zusätzlich brauche es auf Bundesebene eine Öffnungsklausel bei der Grunderwerbsteuer, die es den Ländern ermögliche, die Steuer z.B. beim Ersterwerb von Wohneigentum zu senken. Das Land Baden-Württemberg plant zudem eine Novellierung der Landesbauordnung, um Bürokratie abzubauen und das Bauen zu erleichtern. Als weitere Maßnahmen zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum sollte die Landesregierung aus Sicht von Friedrich Haag verstärkt auf Typengenehmigungen setzen. Auch die Einführung einer Gebäudeklasse „E“ sei zielführend. Bei diesem Modell wird durch eine Reduzierung der einzuhaltenden Normen bezahlbares Bauen ermöglicht.

Die Forderung nach einer Vereinfachung der Bauvorschriften und der zu strengen Baustandards wurde von den Teilnehmern begrüßt. Unter anderem könnten unverhältnismäßg hohe Klimaschutzauflagen zum Bauhindernis werden. „Klimaschutz muss bezahlbar bleiben“, betonte daher Gerd Renz, Präsident des Verbandes Holzbau Baden-Württemberg.

Ein wichtiges Thema für die Baubranche ist Asbest. Mit der neuen Gefahrstoffverordnung werden Bauherren verpflichtet, vor einer Baumaßnahme zu prüfen, ob asbesthaltige Produkte im Gebäude vorhanden sind. „Wir befürchten, dass viele Bauwillige versuchen werden, die Kosten für

die Erkundung und die teure Asbestsanierung auf den ausführenden Betrieb abzuwälzen. Um dem vorzubeugen, sollte die Landesregierung eine Aufklärungskampagne zum Thema Asbest starten, die die neue Bauherrenpflicht bekannt macht“, so der Appell von Sven Blümel, Vorsitzender des Landesinnungsverbandes Fliesen Baden-Württemberg.

Ein weiteres zentrales Diskussionsthema war die Schaffung klimaresilienter Städte. Denn: Begrünte Dächer und Fassaden sowie urbane Grünflächen können wesentlich dazu beitragen, die Folgen des Klimawandels abzumildern. „Um die Anpassung der Städte an den Klimaerwärmung voranzutreiben, sollte die Politik die Kommunen beim Ausbau der grün-blauen Infrastruktur stärker mit Fördermitteln unterstützen“, forderte Martin Joos, Vorstandsvorsitzender des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Baden-Württemberg. Cindy Holmberg wies in ihrer Antwort darauf hin, dass das Land in der Städtebauförderung bereits einen Schwerpunkt auf die Anpassung an den Klimawandel gelegt habe. Dennoch ist aus ihrer Sicht ein zusätzliches Förderprogramm für Photovoltaik und Dachbegrünung sinnvoll.

Eine der großen Herausforderungen für die Bauwirtschaft ist die Fachkräftesicherung. „Der demografische Wandel hat unsere Betriebe längst erreicht. Es wird immer schwieriger, geeignete Auszubildende sowie qualifizierte Mitarbeiter zu finden“, beklagte Bernhard Sänger, Präsident der Landesvereinigung Bauwirtschaft. „Wir müssen mehr junge Menschen für die Bauberufe gewinnen“, betonte auch Rainer König, Vorsitzender des Fachverbandes der Stuckateure für Ausbau und Fassade Baden-Württemberg: „Vor allem muss der gesellschaftliche Stellenwert der Berufsbildung verbessert werden.“ Daniel Born griff diesen Gedanken auf und forderte, die Berufsorientierung an Gymnasien zu stärken. Auch Gymnasiasten sollten während der Schulzeit mit Ausbildungsberufen in Kontakt kommen, z.B. durch Praktika.

Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer, dass an einer erleichterten Zuwanderung von Fachkräften und ungelernten Arbeitskräften in den deutschen Arbeitsmarkt kein Weg vorbeiführe, um den Personalmangel in der Bauwirtschaft zu lindern.

Abschließend zog Thomas Möller, Geschäftsführer der

Landesvereinigung Bauwirtschaft, Parallelen zwischen dem aktuellen politischen Gespräch und dem „Strategiedialog bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ der Landesregierung, an dem sich die Baubranche aktiv beteiligt. „Hier wie dort geht es darum, Impulse und Lösungen für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Bauens zu erarbeiten. Die Diskussion kommt oft nur mühsam voran, weil dicke Bretter gebohrt werden müssen. Dabei ist es dringend notwendig, schnell zu greifbaren Ergebnissen zu kommen, die das Bauen voranbringen. Denn nur durch mutiges und entschlossenes Handeln können wir die Krise im Wohnungsbau erfolgreich bewältigen. Wir appellieren daher an alle beteiligten Akteure, engagiert und zielorientiert an diesem wichtigen Prozess mitzuwirken, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen“, so Möllers eindringlicher Aufruf.